

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1909. Nr. 534.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 202.

Zweite Ausgabe

Sonnabend, 13. November 1909.

Geschäftsstelle in Berlin: Defauerstraße 14.
Telephon Amt VI Nr. 11 494.
Druck und Verlag von Otto Zietze in Halle a. S.

Gesangpreis für Halle a. S. am 2. Nov. durch die Hochregenen 3. u. 4. Klasse.
Die Gedächtnisfeier erfolgt wöchentlich zwölf mal. — **Gratis**: Beilagen: halbes
Gedächtnis (Halle, Heiligtum), 2. u. 3. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Danke, Mitteilungen.
Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus.
Telephon 158; Redaktions-Telephon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr.
Verleger: Dr. Walter Gedenken in Halle a. S.

Reichstagsabgeordnete als Kontrollorgane?

Eine interessante Anrede zur künftigen Vermehrung ähnlicher Zustände, wie sie der vielerorts verfochtene Antrag, bringt der Reichstagsabgeordnete. Danach soll künftig der Reichstag selbst bei der Verwendung der von ihm bewilligten Geldmittel nach dem Rechten sehen. Der „Reichsbote“ schreibt:

Es drängt sich die verfassungsmäßig durchaus berechnete Frage auf, ob wir nicht als einen integrierenden Bestandteil unserer vaterländischen Einrichtungen die Parlamentskontrolle der Verwaltung haben. Dem Parlament steht doch nach der Verfassung nicht nur das Recht zu, sondern liegt auch die Pflicht ob, die Verwaltung in jeder Richtung zu kontrollieren.

Wenn das einen Sinn haben soll, kann es doch nicht der sein, daß sich alljährlich eine Anzahl Abgeordneter auf der Reichstagsversammlung und der Reichstagsabgeordnete vor dem Reichstag einfinden und dort Botenähnliche Dienste vornehmen lassen, sondern es kann nur bedeuten, daß nachgefordert wird, wo bleibt das vom Reichstag alljährlich bewilligte Geld, wofür? wozu? wie? wird es verwendet, um wen, und in welchem Verhältnis betreffen sich die verschiedenen Kategorien von Beamten und Arbeitern an der Arbeit und der Ausübung?

Hierzu meint die „Reichsbote“: „Ja“. Wenn der Reichstag neben der Fülle der Reden, mit denen er jährlich das deutsche Volk erheitert, auch ernste positive Kleinarbeit bei der Nachprüfung und fortwährenden Kontrolle der verschiedenen Reichsämter leistet, so wird man das mit Genugtuung allgemein begrüßen. Zudem ist hier ein Gebiet, auf dem sich die Vertreter aller Parteien einmütig finden. Allerdings müßte die Kontrolle nicht fortlaufend durch Kommissionen bewirkt werden — die sind viel zu schwerfällig, um fruchtbringend zu arbeiten, sondern durch einzelne Vertrauensmänner, denen etwa die Befugnisse eines Aufsichtsratsmitgliedes bei einer Aktiengesellschaft zuerzueilen wären, die daneben jederzeit Zugang zu allen Teilen eines Reichsbetriebs und jederzeit an jeder Stelle das Recht genauerer Information über den Geschäftsbetrieb und sofortigen Nachprüfung besitzen.“

Aber uns scheint der „Reichsbote“ dabei verfahren zu haben, daß wir damit mitten in das parlamentarische Regiment hineinkommen. Der Reichstag wäre dann keine selbständige Körperschaft allein mehr, sondern eine kontrollierende, dessen Vertretern deutsche Beamte unter bestimmten Umständen zu gebordeten kämen. Der Vorschlag will also noch sehr überlegt sein. Er hat auch seine Schattenseiten.

Italien und die Annexion Bosniens und der Herzegowina.

Einer Darstellung der Wiener „Neuen Freien Presse“ gegenüber, wonach der italienische Minister des Auswärtigen Tittoni bei der Begegnung in Salzburg im voraus seine Zustimmung zu der Annexion Bosniens und der Herzegowina erklärt hätte, bemerkt die römische Zeitung „Tribuna“, sie habe seit dem 10. Oktober 1908 Gelegenheit gehabt, den Sachverhalt festzustellen und habe heute nichts davon zu ändern, wenn sie damals u. a. geschrieben habe, daß von italienischer Seite keinerlei vorläufige Zustimmung zur Annexion Bosniens und der Herzegowina erfolgt sei, daß man vielmehr lediglich nach der Ankündigung der Amerikaner zu Ende September die Möglichkeit einer Zustimmung anerkannt habe, bedingt jedoch durch den Verzicht auf die Artikel 25 und 29 des Berliner Vertrages und ohne jedes Bedürfnis für die von England aufgeworfene formelle Frage der Notwendigkeit eines Einverständnisses der Signatarmächte des Vertrages. Die „Tribuna“ wendet sich ferner gegen den Versuch, die Erklärungen, die Tittoni am 5. September 1908 in Salzburg einigen Zeitungs-Korrespondenten gab, abzuändern oder zu entstellen, und veröffentlicht hierzu einen Brief des römischen Korrespondenten der „Neuen Freien Presse“, der die Darstellung der „Tribuna“ im wesentlichen bestätigt.

Deutsches Reich.

Die Generalprobe nahm in ihrer Schlußphase am Freitag zur Frage der Beteiligung der Öffentlichkeit an der Feuerbestattung mit großer Mehrheit folgenden Antrag an: „1. Die Generalprobe steht sich nicht veranlagt, zu Gunsten der Feuerbestattung ihre durch frühere Beschlüsse und Beschlüsse der durch Gottes Wort und die christliche Lehre gebilligten und in preussischen Staat allein zulässigen Erbschaft aufzugeben oder zu ändern. 2. Mit Rücksicht auf die im Antrag der 12. Sächsischen Provinzialparlamentarier und in der Petition des Gemeindefreiwirtschafters in Göttingen enthaltenen Überwiesung des Antrags und diese Petition dem Evangelischen Oberkirchenrat zur Erwürdigung.“

Reichstagswahl. Bei der gestrigen Reichstagswahl im Wahlkreis Sangerhausen-Soldin wurden nach dem bis abends 10 Uhr vorliegenden Ergebnis abgegeben

für Holsche (konl.) 9639 Stimmen, für Kägel (Sog.) 7554 Stimmen und für Schöppe (liberal) 5377 Stimmen.

Die Hofjagd in Kegligen. Aus Kegligen wird uns im Anhang an unsere telegraphischen Nachrichten in Nummer 533 der „Halle'schen Zeitung“ weiter gemeldet: Die Jagdbegleitung brach am Freitag um 12 Uhr 45 Minuten vom Schloß auf und fuhr in Wagen nach dem Jagdgelände der Oberförsterei Klanten. Der Kaiser mit dem Erbprinzog-Prinzeß und einigen anderen vornehm Jagdgästen folgten 1 Uhr 36 in Automobilen; es wurde eine Jagd auf Damm abgehalten. Bei einbrechender Dunkelheit kehrte Seine Majestät mit den Jagdgästen zum Jagdschloß zurück, um um 7 Uhr Abendessen zu halten.

Ihre Majestät die Kaiserin mit der Herzogin von Hohenzollern und der Kronprinzessin von Griechenland folgten am Freitag abend einer Einladung zur Abendfeier bei der Frau Kronprinzessin im Marmorpalais von Potsdam.

Außerdem waren erschienen Prinz und Prinzessin August Wilhelm, Prinzessin Victoria Luise, Prinz Georg und Prinzessin Helena von Griechenland, Erbprinz und Erbprinzessin Salm-Salm, ferner vom Gehege Ihrer Majestät Oberhofmeisterin Gräfin v. Brodowski, Gräfin v. Keller sowie Kammerherr Dr. v. Behr-Bismarck. Vom Kronprinzen Hofstaat nahmen teil Hofmarschall v. Bismarck-Böhlen, Oberhofmeisterin Freikau v. Tiele-Windler und Kammerherr v. Stillingen.

Der neue Adjutant des Reichskanzlers. Graf v. Hohenthal, Oberleutnant im 1. Garde-Dräger-Regiment, ist zum Nachfolger des Hauptmanns v. Schwarzkoppen als Adjutant des Reichskanzlers zur Dienstleistung beim Auswärtigen Amt kommandiert worden.

Gesetzentwurf über die Staatsföhrbuchordnung. Dem Vernehmen der „Magdeburger Zeitung“ nach wird dem preussischen Landtage in seiner nächsten Sitzung ein Gesetzesentwurf über die Staatsföhrbuchordnung zugehen, der den Zweck verfolgt, das Staatsföhrbuchwesen kaufmännischer zu gestalten und seine Benutzung dem Publikum leichter zugänglich zu machen. Im preussischen Staatsföhrbuch waren am Ende des vorigen Jahres 2 237 489 250 Mark eingetragen, das sind 27,6 Prozent der eintragungsfähigen konsolidierten Staatsföhrschuld. Bekanntlich ist das Verfahren der Schuldenaufnahme folgendes: Von Einzelverleihen, Stiftungen oder anderen Korporationen, die eine absolut sichere Anlage ihres Vermögens wünschen, werden bei der Staatsföhrbuchverwaltung Staatspapiere eingeliefert, die in das Staatsföhrbuch eingetragen und dann selbst der Verrentung übergeben werden. Die absolute Sicherheit der Anlage ist das, was die Staatsföhrbücher wünschen. An dem Grundföhr der Sicherheit soll daher nicht gerüttelt, doch sollen für Legitimationszwecke, Übertragung der Gläubigerrechte von einer Person auf die andere und in ähnlicher Beziehung Erleichterungen geschaffen werden.

Die Ergebnisse des Referendates 1909 in Deutschland und Frankreich sind in Zahlen ausgedrückt, folgende: Frankreich hat 217 614 Mann die für den Heeresdienst tauglich sind und in voller Zahl ausgeschrieben wurden. Deutschland hat 304 984 Mann für den Heeresdienst tauglich, von denen nur 297 314 Mann eingeeiltet werden können. Der Ueberschuß muß zurückgestellt werden. Der Unterschied zwischen Frankreich und Deutschland beträgt also 79 700 Mann zugunsten Deutschlands.

Aus Elbst-Verträgen ausgewiesen. Der bereits bekannte Vorfall im Zentralthotel in Wilkau bei Elbst, wo das Spiel der Kartellisten mit demontierten Beifall begleitet wurde, während gegen das Spiel der deutschen Nationalen sich tumultuöser Protest erhob, hat der Regierung Anlaß gegeben, den Schweizer Wagnier, der das Spiel der Kartellisten verlangt hatte, aus Elbst-Verträgen auszuweisen. Zugleich wurde die Veranhaltung von öffentlichen Militärauführungen im Zentralthotel verboten und von der Militärbehörde den Offizieren der Besatzung des Hotels unterlag.

Ausland.

Österreich-Ungarn. Wie erfahren aus Wien: In der Sitzung des Reichstages am Freitag stellte der Ökonom v. Glöckner fest, daß das über die Nutzung des Landesministers Zulebka kein Kaiser verfassungsmäßige offizielle Kommunikation ungenau sei, wodurch zahlreiche Mißverständnisse entstanden seien. Daraus erklärte Zulebka, der Kaiser habe sich bei der Nutzung dahin ausgesprochen, daß die Beschlüsse, die Regierung hätte eine förmliche Stellung eingenommen, vollkommen ungenügend seien. Ferner habe der Kaiser gesagt, daß er alle Wähler, die sich unter seinem Schutze befinden, mit gleichem Wohlwollen behandle; mit ganzem Nachdruck habe er betont, er hätte es niemals zugelassen, daß jene Regierung eine antislavische Politik geföhrt hätte.

An der gestrigen Abstimmung des Reichstages sprach der Führer der polnischen Volkspartei sich für Konstitution des slavischen Reiches aus. Andererseits konnte keine Partei die Politik der Majorität des Reichstages nicht mitmachen. Demgegenüber erklärte der Ökonom Glöckner, der jetzige Augenblick sei für eine derartige Debatte nicht geeignet, zumal er begründete Ansichten habe, seine Vermittlungsfunktion zu einem geschicklichen Ende zu führen, so daß es weder Sieger noch Besiegte geben werde.

Italien. Die „Agenzia Stefani“ meldet: General Agnardi Vernezzo hat seine Verabschiedung erhalten, weil er am Donnerstag gelegentlich einer Rahmenrede in Brescia eine Rede hielt, die in irreverentem Sinne ausgelegt worden ist.

Frankreich. In der Deputiertenkammer interpellierten am Freitag zwei Sozialisten über das Zusammenarbeiten in Paris und den Chyrenen, zur Verbesserung und eventuellen Verbesserung französischer Sozialisten. Ministerpräsident Briand erwiderte, es sei keine bestimmte Tatsache vorgebracht worden, die ein solches Zusammenarbeiten beweise. Er habe die nötigen Maßregeln getroffen, damit keinerlei amtliche Zusammenarbeiten der französischen Polizei mit ausländischen Polizeibehörden stattfinden könne. Das dem nach hierauf die einfache Tagesordnung an, mit der die Regierung sich einverstanden erklärt hatte. Im weiteren Verlaufe der Sitzung begann die Erörterung einer Interpellation über die militärischen Strafanstalten in Algier. Der Kriegsminister erklärte, darüber seien für jetzt noch ungenügende Verhandlungen der Strafgesetzentwürfen und Anwendung von Vorarbeiten nicht mehr vorhanden.

Niederlande. Die Erste Kammer nahm einen Gesetzesentwurf an, durch den die Bestimmung des Code Napoleon, die eine Nachforschung nach der Herkunft verbietet, abgeschafft und dafür die Bestimmung eingefügt wird, daß es einem unehelichen Kind erlaubt ist, gegen seinen Erzeuger die Alimentationsklage anzustellen.

Belgien. Die Deputiertenkammer hat am Freitag die Spezialberatung des Militärgesetzes begonnen. Die Liberalen und Sozialisten gaben zu Beginn der Debatte die Erklärung ab, daß sie der Formel: ein Soldat pro Familie und Dienstbefreiung der Geistlichen zustimmen, wenn die persönliche Dienstpflicht und die Bezahlung der Dienstzeit auf 15 Monate eingeschränkt werden. Der Ministerpräsident erklärte sich für seine Partei mit der Absaffung des Erbschaftsrechtes einverstanden.

Ausland. In der Freitag-Abendung der Reichsbund standen die Aewahlen zum Präsidium auf der Tagesordnung. Zum Präsidenten der Reichsbund für das neue Sessionjahr wurde Schomjakow, zum ältesten Vizepräsidenten Herr Wolfski wiedergewählt. Zweiter Vizepräsident wurde Herr Baron Weyandoff der Christl. Schönbroski.

Polen. Die Sobranie begann am Freitag die Debatte über die Brona-Debatte, deren Entwurf lediglich die Thronrede umschließt. Die Debatte trat in der Weizsäcker, besonders die oppositionellen, für Einberufung der großen Nationalversammlung ein zur Aenderung der Verfassung, die infolge der Proklamierung des Königreichs Polens notwendig geworden.

Italien. Nach einer Meldung aus Saloniki hat das jugoslavische Zentrum eines Aufruf an seine Mitglieder gerichtet, in dem diese an ihren Eid erinnert, wegen ihrer Gleichgültigkeit und Nachlässigkeit getadelt und angefordert werden, das Komitee, dem Gefahr drohe, aufs fräftigste zu unterstützen.

Die Beendigung des Ausstandes im Mansfelder Bergrevier.

Der Ausstand im Mansfelder Gebiet ist beendet. In sozialdemokratischen Flugblättern wurde am Freitag, wie wir bereits in Nr. 533 der „Halle'schen Zeitung“ telegraphisch meldeten, angefordert, die Arbeit vollständig wieder anzufangen. Reichstagsabgeordneter Sacke hat am Freitag morgen in einer Verammlung zu Hettstedt eine ähnliche Erklärung abgegeben.

Das oben bezeichnete Flugblatt der Streikleitung wendet sich natürlich in scharfen Ausdrücken gegen den Verzicht der Bergleitung, der lieber den ganzen Bergbau hätte ruinieren (1/2) als nachgeben wollen. Unter diesen Umständen (1) habe die Streikleitung es nicht auf sich nehmen können, zur Beilegung des Streiks zu rufen. Die Streikleitung habe gemeinsam mit allen Vertrauensleuten und Schlichterleuten beschlossen: Der verneinliche Teil gibt nach. Die Arbeit solle wieder aufgenommen werden, einheitslich, wie man sie verlassen habe.

In verschiedenen Orten des Streikreviers wurden dann auch an gestrigen Freitag Verfassungen abgehalten, die sich mit der Frage der Wiederaufnahme der Arbeit beschäftigten, so in Hettstedt, Selbna und Eisleben.

Einer der Hauptgründe für die Beendigung des Streiks ist darin zu sehen, daß die Streikleitung die Ausständigen nicht in dem geglaubten Umfang und zu den versprochenen Löhnen hat unterbringen können.

Bei Reaktionschluss wird uns noch aus Eisleben gemeldet, daß in der am Freitag nachmittags dort abgehaltenen Verammlung der Ausständigen den Streikenden empfohlen wurde, sich heute (Sonnabend) vormittag 11 Uhr wieder zur Aufnahme der Arbeit zu melden.

Die Unterschleife auf der Kieler Reichswerft.

Zu Beginn des gestrigen (Freitag) Verhandlungstages erklärte Verteidiger Justizrat Schirer: Der Angekl. Niendorf macht mich darauf aufmerksam und ich halte mich für verpflichtet, das weitere zu geben, daß der Zeuge Kriminalkommissar Wonnosch nicht nur hier im Saale, sondern auch draußen auf dem Korridor mit Zeugen, die noch benommen werden sollen, spricht. Kriminalkommissar Wonnosch hat die Zeugen zum größten Teil zuerst benommen, ich halte es nicht für richtig, daß er sich in dieser Weise mit den Zeugen in Verbindung setzt. — Worl: Es ist in der Tat nicht erkrankt, daß Zeugen, die benommen sind, mit solchen Zeugen, die noch benommen werden sollen, sind in

